

v. Bethmann-Hollweg vor dem preuß. Herrenhause.

Die Politik ist die Kunst des Erreichbaren. Das war der Grundsatz der Röde, die Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg im preuß. Herrenhause zu Anfang der Beratungen der preuß. Wahlrechtsvorlage hielt. Der Kanzler fand mit seinen Ausführungen die Zustimmung der Mehrheit. „Ich bin mit dessen voll begeistert,“ so sagte der Kanzler, „dass die Beratung dieser Vorlage für viele von Ihnen, meine Herren, mit Kämpfen von Überzeugungen verknüpft ist. Ebenso ist es im Abgeordnetenhaus gewesen, denn auch dort ist den Mehrheitsparteien die Fassung der an das Herrenhaus herübergegebenen Beschlüsse nur möglich, und, wie ich dankbar erkenne, von dem Bestreben getragen gewesen, die Vorlage nicht von vornherein an dem

Kritik der Meinungen

scheitern zu lassen. Aber in derselben Lage hat sich auch die Staatsregierung selber befunden. Um so mehr übertraf es mich, wenn außerhalb dieses Hohen Hauses der Ansicht Ausdruck gegeben werden sollte, als ob die Haltung der Regierung beeinflusst wurde von geringerer oder größerer Vorliebe für eine Partei, als ob ich, um das Kind mit dem Namen zu nennen,

das Zentrum von der Mitarbeit ausschließen

wolle, um die Mittelparteien für die Vorlage zu gewinnen. Das liegt mir fern. So liegt die Sache doch nicht, dass die Betrachtung und das Festhalten an einer eigenen Überzeugung als parteipolitische Abneigung auszulegen wäre, oder dass es für die Staatsregierung in der Politik des Nachgebens seinen Endpunkt mehr gäbe. Von der Politik des Auskultierens einer Partei halte ich nichts, und ich glaube, es in meinem amtlichen Leben nicht nur bei dieser Gelegenheit ausreichend bewiesen zu haben, dass ich mit allen Parteien sachlich zu arbeiten pflege und gern sachlich zusammen arbeite. Aber man verlange von mir nicht eine Politik, bei der ich mich selbst, bei der ich die Staatsregierung ausschließe. Ein großer Teil von Ihnen, meine Herren, hat in der Kommission die Ansicht vertreten, Verfassungsänderungen müssten an

erschwerende Bestimmungen

geknüpft werden, damit die Regierung nicht einen Tag sich Wünschen auf demokratische Wahlrechtsänderungen zu nachgiebig zeigen könnte. Nun, m. H., in solche Nachgiebigkeiten verfällt eine Regierung, die die Wahrung ihres Auftrags nicht mehr achtet. Ich werde, so lange ich die Ehre habe, an dieser Stelle zu stehen,

nicht mit schlechtem Beispiel vorangehen. Wenn ich also in Ihrer Kommission die Linie bezeichnet habe, bis wohin die Staatsregierung folgen kann, so ist das geschehen, weil Verfassungsänderungen von dem Ernst und der Bedeutung der vorliegenden nicht getrennt werden können von Parteifunktionen allein, sondern weil sie zugleich vertraten werden müssen von der freien Überzeugung der Regierung. Dann allein wenigstens vermögt ich die Verantwortung zu tragen. Darauf habe ich diejenigen Grenzen angegeben, mit deren Innehaltung für die Staatsregierung das Schicksal des Gesetzes un trennbar verbunden ist. Mit Ihrer Kommission hat die Regierung dann daran gearbeitet, eine diesen Forderungen entsprechende Fassung zu finden. Sie erfasste eine solche in dem kleinen Schorlemerscher die Gemeindebeteiligung für alle Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern, für Gemeinden von 10 000 bis 30 000 Einwohnern zwei Drittelsbezirke, für größere Gemeinden einen weiteren Drittelsbezirk auf jede angefangenen 20 000 Einwohner einzuführen will, eine Gestalt erhalten, die den Anforderungen der Regierung entspricht. Wenn auch das Abgeordnetenhaus sie in dieser Fassung annehmen sollte, würde sie so, wie sie heute das Herrenhaus verlässt, zum Gesetz erhoben werden. Gavor aber hat das Herrenhaus nach mindestens 21 Tagen noch einmal die heutige Abstimmung zu bestätigen, ehe die zweite Kammer sich erneut mit ihr beschäftigen kann. Die Fingabene der Großstadt ist zur Wahlrechtsvorlage (Abstimmung der Wahlkreiseinteilung) erklärte das Herrenhaus als ungeeignet zur Verhandlung.

die dringende Bitte

zu richten, diesem Antrag beizutreten und damit in diesem wesentlichen Punkte den Kommissionsbeschlüssen und der Vorlage eine im ganzen und im einzelnen annehmbare Gestalt zu geben. Damit komme ich zum Schluss von einem einzelnen Punkt auf das Ganze zurück. Für das Ganze wird nach dem gesamten Verlauf der Angelegenheit Ihre Stellung zu dem Antrage bezüglich der geheimen Wahl in erster Linie von entscheidender Wichtigkeit sein. Ich will nicht wiederholen, was ich in dieser Beziehung bei der ersten Besprechung in diesem Hohen Hause ausgeführt habe. Die Annahme des Grundfaktes der geheimen und der indirekten Wahl, wie sie im Abgeordnetenhaus beschlossen worden ist, bildete für das Abgeordnetenhaus und dann auch für die Staatsregierung die Grundlage dafür, dass das Gesetz zustande kommt. Ich kann nur nochmals und auf das ernsthafte betonen, dass die Königl. Staatsregierung in der

Ablehnung der Vorlage eine schwere Schädigung der allgemeinen Interessen des Landes erlitten.“

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Kaiser Wilhelm nahm auf dem Konsultationspavillon in Mecklenburg erstmals die Parade über sämtliche dortigen Regimenter ab und besichtigte sein Regiment 145, das sogenannte Königs-

regiment. „Wie die „Anklamer Zeitung“ von zu ständiger Seite hörte, bestätigte sich die Meliorung verschiedener Blätter, wonach der Präsident des Reichstages, Graf Schwerin-Löwitz, besichtigte, nach Beendigung der diesjährigen Session des preuß. Abgeordnetenhauses sein Mandat für den Landtag wegen Überfüllung niedergezogen, nicht. Der Graf hat niemals solche Absicht gehabt.“

Nach zweitägigen Debatten, in denen besonders für und wider die geheime Wahl gestritten worden ist, hat das preußische Herrenhaus die Wahlrechtsvorlage mit 140 gegen 94 Stimmen angenommen. Die Stimmen, die sich dagegen erhoben, waren geteilt. Die einen stimmen gegen die Vorlage, weil sie gegen die Änderung des Wahlrechts sind, die anderen, weil die Vorlage nicht weitgehend genug ist. Die Wahlrechtsvorlage hat nunmehr nach Annahme des Antrages Schorlemers, der die Gemeindebeteiligung für alle Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern, für Gemeinden von 10 000 bis 30 000 Einwohnern zwei Drittelsbezirke, für größere Gemeinden einen weiteren Drittelsbezirk auf jede angefangenen 20 000 Einwohner einzuführen will, eine Gestalt erhalten, die den Anforderungen der Regierung entspricht. Wenn auch das Abgeordnetenhaus sie in dieser Fassung annehmen sollte, würde sie so, wie sie heute das Herrenhaus verlässt, zum Gesetz erhoben werden. Gavor aber hat das Herrenhaus nach mindestens 21 Tagen noch einmal die heutige Abstimmung zu bestätigen, ehe die zweite Kammer sich erneut mit ihr beschäftigen kann. Die Fingabene der Großstadt ist zur Wahlrechtsvorlage (Abstimmung der Wahlkreiseinteilung) erklärte das Herrenhaus als ungeeignet zur Verhandlung.

Frankreich.

* Im Ministerrat, der unter dem Vorsitz des Präsidenten Fallières auftrat, äußerte sich der Minister Polton über Fragen der auswärtigen Politik, besonders über Afrika. Er erklärte, dass sich die vier Schutzmaße über die zu ergreifenden Maßnahmen einig seien. Der Marineminister teilte mit, dass der Bau der beiden fürchteinflößenden Panzer unverzüglich in Angriff genommen werden würde.

Italien.

* Der neue Ministerpräsident Cuzzati legte in der Kammer das Regierungsprogramm dar. Den größten Erfolg standen die Ausführungen des Ministers, als er die Fertigkeit des Dreibündes und die Freundschaft zu Frank-

reich, Italien und England betonte. Mit Humor räumte die Kammer den Hinweis auf die Wahlrechtsreform auf, die verhindert hätte, dass die Wahlen in Schlägereien, Brüderkriegen und Vergewaltigungen ausarten.

Beitrag.

* In der Deputiertenkammer stand ein Antrag der Sozialisten auf Einführung des allgemein gleichen Wahlrechts als Erfolg des Rechtmässigkeits-Systems zur Beratung. Das Haus beschloss mit 72 gegen 58 Stimmen, über den Antrag nicht zu beraten.

Schweden.

* Da das Befinden des Königs von Schweden, der an einer Blinddarmentzündung erkrankt war und vor einiger Zeit operiert worden ist, noch nicht zufriedenstellend ist, wird der König dieser Tage von Nizza nach München abreisen, um sich in Professor Schweningers Behandlung zu begeben. Professor Schweninger ist der langjährige Leibarzt des Fürsten Bismarck gewesen.

Deutscher Reichstag.

Am 29. April wird das Zusammensein zum deutsh. Reichstag in Handelsvereinigung in erster und zweiter Sitzung genehmigt.

Der Gesetzentwurf betr. die Gewährung von Bildern an die Mitglieder der für Beratung der Reichswohlfahrt und der Reichsversicherung eingesetzten Kommission, die auch während der Sonnenwarte des Reichstags tagen sollen, geht an die Budgetkommission.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs, der die südwärtigen Kolonien vertritt, die Südwestafrikanischen Zustandskosten.

Zur zweiten Lesung liegt die vor einigen Tagen als Abdruck der meistgelesenen Verhandlungen der Budgetkommission über die Vorderansicht des Gesetzentwurfs vor.

Die Sozialdemokraten beantragen, dass das Gesetz über die Deckung der Aufstandskosten gleichzeitig mit einer Vereinbarung zwischen Reichskanzler und Reichstag in Kraft treten soll, das die Kriegskosten als Schild des Schutzbündes gegenüber dem Reich feststellt und das zur Tilgung der Schulden die Errichtung einer Wertpapieranstalt erfolgt.

Abg. Grüberger (Betr.): In der Kommission haben Personen, Beamte und Peitenten in Südwelt, die mit der Politik des Staatssekretärs nicht zufrieden sind, mehr oder weniger Speichseln laufen müssen. Und wenn der Gouverneur Schwann von seinem Urlaub nicht wieder nach Südwelt zurückkehrt, so liegt auch das offenbar nur daran, dass er mit der großkapitalistischen Politik des Staatssekretärs nicht einverstanden ist. Über raschenderweise hat auch der Staatssekretär geweint, die Petition der Südwestafrikaner sei wohl nicht in der Kolonie entstanden. Weinen Antrag hat man als geradezu revolutionär bezeichnet. Auch Rantzen gegen den Staatssekretär hat man mir bei meinem Antrage nachgeschlagen. Wenn ich mich dagegen verwehre, so hoffe ich, dass man mir endlich glauben wird. Der Staatssekretär hat auch gemeint, mein Antrag greife in die Rechte des Kanzlers ein. Ich protestiere dagegen, dass man

den Kaiser zum Prüfungsgesetz für alle Fehler und Fehler der Verwaltung macht.

Doch mit den großen Geschäftskosten alles auf dem Wege des Beitrages geräumt werden kann, glaube ich nicht. Der Gedanke, die in erster Linie an den Bedürfnissen der Kolonie interessierten großen Kapitalgelehrten heranzuziehen, ist ja auch gar nicht neu. Auch der Herzog Regent von Braunschweig hat diesen Gedanken längst ausgetragen. Mein Antrag wollte 20 Prozent der Kriegskosten, der Antrag Lottmann 10 Prozent der großen Geschäftskosten als ehemalige Zahl anstrengen. Gerade der Krieg, der Aufstand, das er große Verbindungen geschaffen. Durch die Hunderte von Millionen, die der Aufstand den deutschen Steuerzahler kostet, ist tatsächlich eine Bereicherung der Leute, der Geschäftskosten in Südwelt eingetreten. Wer 500 000 Mark verdient hat, kann doch wohl eine einmalige Ausgabe von 6000 Mark leisten. Ist das Konstitution? Ich lege mich und gäbe nicht auf alle Einzelheiten meines Antrages hin, aber an dem Grundgedanken des Antrags halte ich fest. Ich habe bisher die politischen Staatssekretäre untersucht, aber eine lediglich großkapitalistische Politik mache ich nicht mit. Wäre es nach dem Staatssekretär gegangen, so wäre auch das große Staatsunternehmen weggegangen worden ohne einen Pfennig als Entgelt. Das der erste Beitrag in der Südwestafrikaneischen Gesellschaft nicht bewilligt erlangt habe, ist auch nur ein Verdienst der Budgetkommission, nicht des Staatssekretärs.

Denkt wenn er sich auch immer wieder fragt, dass die heutige Verhandlung für ihn die Schuld des Angeklagten nicht erwiesen habe, so kommt er sich doch nicht verschließen, dass die Aussicht auf Gummierung neuer Spuren nur eine geringe war. Und tiefer Weh im Herzen sangt er daheim an.

Wer war Samuel Wolff? Diese Frage beschäftigte Breitenfeld den ganzen Abend nach der Verhandlung. Von den wenigen Aussagen, die Baumgart über ihn gemacht hatte, konnte man sich kein Bild von dem Geldverleiher entwerfen. Auf dem Gericht, als er ausgesagt hatte, dass er Baumgart nie gedreht hätte und dass er auch diesmal noch mit der Bezahlung der Schuld gewartet haben würde, hatte Wolff auf den Detektiv den denkbaren schärfsten Einbruch gemacht. Es war ihm klar geworden, dass dieser Mann mehr von Baumgartis Verhältnissen wusste, als er gesagt hatte. Sicher stand der Geldverleiher auch mit anderen Teilnehmern der Spielabende in Geschäftsbinding.

Samuel Wolff, der nichts so sehr fürchtete, als Gericht und Polizei, stand noch immer unter dem Eindruck der heuligen Verhandlung, als ihm der Detektiv gemeldet wurde.

Breitenfeld empfing er den Eintretenden in seinem Behausen stehend; aber er suchte seine Fregung unter einem Vorhang zu verbergen. Breitenfeld unterbrach den Redseligen.

Herr Wolff, Sie haben heute auf dem Gericht nicht alles gesagt, was Sie wußten,

Bräutigam kritisiert den „mindestens formal nicht zu klären“ und einen Vorwurf gegen den Staatssekretär einschließenden Ausdruck des Vorwurfs, dass derseide den Kaiser als Brüderlichkeit verleiht.

Staatssekretär Dernburg verteidigt sich gegen den Vorwurf, die Person des Kaisers in die Debatte gezogen zu haben und gibt zu bedenken, dass die Kolonialgesellschaften schon 1906 erheblich vermehrt seien. Es sei aber unmöglich von den Geschäftskosten in den Jahren nahezu 100 Millionen Mark zu verlangen. Wenn auch nicht mit solchen Anträgen die Konstitution des Reichs erweitert werde, so laufen diese Anträge doch auf dieses Ergebnis hinaus. Der Antrag Lottmann sei halb davon, auf die Anträge gegen das Kolonialamt eingehend, fort: Von den Herren da draußen, die in ganz

respektloser Weise gegen die Verwaltung vorgegangen sind, muss ich verlangen, dass sie das unterlassen und die Regierung rechtfertigen. Es liegt hier im Interesse des Reiches und auch des Reichstags.

Herr Grüberger sagt: Wir sollen den Leuten möglichst viel Selbstverwaltung geben, dann würden sie zufrieden sein. Ja, machen Sie denn diese Erleichterungen in Deutschland? Sind sie denn hier zufrieden, wenn sie Selbstverwaltung haben? Ich warne Sie dringend, dem Kanzler des Herrn Grüberger zu folgen. Wenn kann den Leuten nur, dass sie ihre Verantwortungsfähigkeit fördern! Herr Grüberger hat mir das Wort Konstitution verdächtigt. Aber in den Südweltgebieten muss dasselbe Recht gelten, wie in dem Heimatland, in Deutschland, nämlich der Grundzustand, das Recht genommen werden darf, ohne dass Entzündung erfolgt. Das muss ich hier abschreien, vor der Verbindung aller unter Münchner in den Kolonien. Ich lehne nach wie vor eine solche Verbindung ab, wie sie der Herr Grüberger vorstellt, eine Verbindung des Reichs in den Kolonien auf dem Wege einer solchen Kriegsbeute. Aber ich habe nichts dagegen, die Leute zu den Kosten der Verwaltung heranzuziehen.

Abg. Drösser (konf.): Wir alle folgen dem Grundsatz, nur das Wohl der Kolonien zu erreichen. Eine ruhige Klärung aller Punkte gegenüber Südwelt ist notwendig, um nicht falsche Hoffnungen zu wecken. Der Aufgangspunkt war die Frage eines Vertrags zu den Kriegskosten, und das halten wir es im Gegenzug zum Staatssekretär grundsätzlich für zulässig, dass die leistungsfähigen Schulden in der Kolonie somit die entsprechenden Einzelbedürfnisse wie die Getreidekosten, zu einem nachträglichen einmaligen Sonderbeitrag herangezogen werden können, allerdings in einer Form und in einem Umfang, der endlich eine auf das wirtschaftliche Bedürfnis der Kolonie. Außerdem, die der Kolonie die ganze Kriegszeit als Schild aufzutragen wollen, sind für uns unverständlich.

Abg. Grüberger (konf.): Der Konsolidierung der Südwestafrikaner wie die Getreidekosten, zu einem nachträglichen einmaligen Sonderbeitrag herangezogen werden können, allerdings in einer Form und in einem Umfang, der endlich eine auf das wirtschaftliche Bedürfnis der Kolonie. Außerdem, die der Kolonie die ganze Kriegszeit als Schild aufzutragen wollen, sind für uns unverständlich.

Abg. Drösser (konf.): Der Konsolidierung der Südwestafrikaner kann ich mich nicht anschließen. Sein Antrag wirkt wie ein Explosionsloch und sollte den Abschluss mit der Kolonial-Gesellschaft unmöglich machen.

Daraus verträgt sich das Haus.

Hofrichters Geständnis.

Der österreichische Oberleutnant Adolf Hofrichter, der im November v. unter dem Verdacht verhaftet worden ist, an zahlreiche Generalstabsoffiziere Geisspille in Form medizinischer Stärkungsmittel abgeliefert zu haben, hat unter der erdrückenden Schwere der gegen ihn gesammelten Verdachtsmomente ein Geständnis abgelegt. Es wurde dem Angeklagten nach den letzten Verhören das gesamte Beweismaterial vorgelegt, aus dem er erkannte, dass es für ihn kein Unrecht mehr gibt. Auch hatte er eingesehen, dass ein Österreichischen Geisspille in Form medizinischer Stärkungsmittel ausgeschlossen sei. Er ließ sich daher dem Auditor vorführen und gestand, dass er, um wieder in den Generalstab zu kommen, einer Anzahl von Generalstabsoffizieren die Geisspille zugebracht habe. Maßgebend für diese Tat sei die Liebe zu seiner Frau gewesen, welcher er als Sohn eines Generalstabsoffiziers ein günstiges Leben sichern wollte. Frau Anna Hofrichter wurde abermals vorgeführt und einem Verhör unterzogen, um einige Widerprüche in ihrer stärkeren Aussage aufzulösen. Die Frau, die unter dem Verdacht der Mittäterschaft steht, wurde in Haft behalten.

beginnt er und richtete forschend seinen Blick auf Samuel.

Gewiss hab' ich gesagt alles! Die Herren haben mich getragen und ich hab' geantwortet.

Das haben Sie allerdings getan, summte ihm Breitenfeld bei und ein feines Lächeln spielte um seine Lippen. Aber Sie haben, nachdem man Sie allerdings nicht getragen hat, verschwiegen, wer Sie mit Baumgart bekannt gemacht hat.

Samuel Wolff sah den Speicher mit einem lauernden Blick an, während er unruhig auf seinem Sessel hin und hertrudelte.

„Ist das so wichtig?“ fragte er dann.

„Ich halte es für sehr wichtig.“

Aber man hat mich nicht getragen.“

„So, frage ich Sie danach,“ sagte Breitenfeld mit starker Betonung und wies dem Geldverleiher seine Legitimation.

Samuel korrigte den Detektiv mit offenem Mund an. — Also die Polizei wollte in seinem Hause nachsuchen?

„Das ist kein Geheimnis,“ sagte er und seine zitternde Stimme verriet seine Angstlichkeit: „Eines Tages brachte ihn ein Herr von Palm, auf dessen Empfehlung und nachdem ich mich über ihn erkundigt hatte, ließ ich ihm Geld.“

Herr von Palm, wer ist das?

„Ich kenne ihn nicht näher.“

„Und doch haben Sie auf seine Empfehlungen Geld?“

„Nicht auf seine Empfehlungen, sondern weil ich mich über Baumgart erkundigt hatte.“

Auf der Bahn des Verbrechens.

11) Denkschreiben von Max Friedl-Denart.

(Wiederholung.)

„Kommen Sie nicht zu mir,“ sagte Clara. Was würden die Leute sagen, wenn sie den Sohn des ermordeten neben der Tochter des Mörders sehen würden?“

„Ich lämmere mich nie um das Urteil der Justiz.“

„Das hätten Sie heute aber seinen können,“ sagte sie bitter.

Hermann Klinger sah sie erstaunt an.

„Ach ja,“ fuhr sie fort, „hätte die Meinung des Richters meinen Sohn nicht schon verurteilt, ehe die Geschworenen über ihn zu Gericht sagten?“

„Und glauben Sie, dass dieses Urteil mich überzeugt hat?“